

Wissenswertes zum „Marsch für die Freiheit“ von *pro Köln* und *pro NRW* am 7. Mai 2011

Diese Handreichung dient der Hintergrundinformation über das oben genannte Ereignis. Stand ist der 3. Mai 2011. Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit Gestattung der Autoren.

Die selbsternannte *Bürgerbewegung pro Köln* (*pro Köln*) sowie deren landesweites Pendant, die *Bürgerbewegung pro NRW* (*pro NRW*), rufen für den 7. Mai 2011 in Köln zu einer „internationalen Großdemonstration“ unter dem Motto „Marsch für die Freiheit“ auf. Die Rechtsaußengruppen wollen gemeinsam mit anderen europäischen sogenannten rechtspopulistischen Parteien, allen voran der österreichischen FPÖ und der belgische *Vlaams Belang*, „gegen gutmenschliche Meinungsdictatur, ausufernde Political Correctness, Ausgrenzungen, Denkverbote sowie die schleichende Islamisierung und Überfremdung Europas“¹ protestieren.

Angemeldet ist die Demonstration, die symbolträchtig von der Deutzer Freiheit durch die Kölner Innenstadt führen soll, nach Angaben der *pro*-Bewegung für insgesamt 1.000 Teilnehmende. Jedoch wird dem Spektakel bislang wenig politische und mediale Aufmerksamkeit zuteil.

Hintergrund

Politischer Hintergrund der länderübergreifenden Zusammenarbeit ist das Anfang des Jahres 2008 in Antwerpen auf Einladung des *Vlaams Belang* gegründete Bündnis „Städte gegen Islamisierung“, das der länderübergreifenden Koordinierung und Unterstützung lokaler öffentlichkeitswirksamer Inszenierungen der jeweiligen Rechtsaußenparteien dienen soll.

Ähnliche Veranstaltungen sind unter Beteiligung dieser europäischen Organisationen bereits im Jahr 2008 und 2009 in Köln (die sogenannten Anti-Islamisierungskongresse) sowie 2010 in Gelsenkirchen (Anti-Minarett-Konferenz) durchgeführt worden. Zur Unterstützung von *pro Berlin* bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin ist ein weiterer „Anti-Islamisierungskongress“ im August in der Hauptstadt angekündigt.

Die *pro*-Bewegung: Eine Partei der extremen Rechten

Die „*pro*-Bewegung“ mit ihrer Ursprungsformation *pro Köln* und ihren Exportmodellen *pro NRW* und *pro Deutschland* ist eine Wahlgruppierung der extremen Rechten, die – getarnt als „Bürgerbewegung“ – versucht, sich von der Domstadt Köln aus in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in ganz Deutschland auszubreiten.²

Erste Wahlerfolge erlangte diese neue Rechtsaußengruppierung bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln, wo ihr der Einzug in den Rat der Stadt glückte. Bei den folgenden Kommunalwahlen 2009 konnte sie diesen Erfolg leicht ausbauen und 26 Kreistags- und Stadtratsmandate erzielen. Zu den Landtagswahlen 2010 in NRW trat *pro NRW* erstmals an und erreichte 1,4 % der Wählerstimmen. Unter dem Label *pro Berlin* will die selbsternannte „Bewegung“ im September 2011 zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus Berlin antreten.

Die sogenannte *pro*-Bewegung besteht aus:

Bürgerbewegung pro Köln e.V. (pro Köln); gegr. 1996

Bürgerbewegung pro Deutschland (pro D); gegr. 2005

Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW); gegr. 2007

Die Pro-Bewegung e.V.; gegr. 2010

¹ <http://marschfreiheit.wordpress.com/marsch-fuer-die-freiheit/>, v. 16.03.2011

² Vgl. dazu: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008

Führende Funktionäre von *pro Köln* und *pro NRW* stammen aus extrem rechten Parteien wie der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Obwohl *pro Köln/pro NRW* sich immer wieder vom sogenannten NS-Narrensaum abzugrenzen versucht, stammen etliche Aktivisten genau aus diesem Milieu. Nach dem Parteitag von *pro NRW* im März 2011 sind beispielsweise der schon länger für *pro NRW* aktive Andreas Molau, der sich noch vor zwei Jahren anschickte, NPD-Bundesvorsitzender werden zu wollen, sowie der frühere Ex-DVU-Landesvorsitzende Max Branghofer in den *pro NRW*-Vorstand gewählt worden.³ Dazu kommt Claudia Gehrhardt als Schriftführerin. Sie hatte 2010 noch Wahlwerbung für die NPD gemacht. Weiteres Beispiel ist der ebenfalls 2010 von der NPD zu *pro* gewechselte André Hüsgen.

Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere Wählerschichten. Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD umgibt sich *pro* mit einer rechtspopulistischen Hülle: Der Begriff des Rechtspopulismus wird affirmativ benutzt, um sich vom Stigma des Rechtsextremismus zu befreien. Dabei zielt man auf die Besetzung eines neuen politischen Ortes: die Leerstelle zwischen der extremen und der konservativen Rechten. Offenkundiges Bestreben ist es hierbei, auf dem Ticket weit verbreiteter Vorurteile gegen Muslime mit antiislamischen Kampagnen Stimmungen unter rassistischen Vorzeichen zu erzeugen und in Wahlerfolge umzumünzen.

Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedient sich diese „Bewegung“ einer ritualisierten öffentlichkeitsorientierten Strategie: Themen, die als Problemfelder identifiziert werden (z.B. Moscheebau), werden aggressiv geschürt (z.B. in dem sie als „Brutstätte des Terrors“ charakterisiert werden) um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als Opfer von „Meinungsdiktatur“, „Political Correctness“ und „linkem Gesinnungsterror“ zu inszenieren und erneut die Intensität öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches Drehen an der populistischen Schraube ist Ausdruck einer Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist.

Inszenierung als Opfer

Der „Marsch für die Freiheit“ ist Teil dieser Strategie. So wollen *pro Köln* und *pro NRW* darauf aufmerksam machen, dass sie in ihrer Meinungsfreiheit beschränkt und aus allen Entscheidungsprozessen ausgegrenzt würden. Dabei inszeniert sich die *pro*-Bewegung als Opfer von Medien, Politik und Zivilgesellschaft, die als „Blockwarte der Political Correctness“⁴ diffamiert werden. Die Verwendung von Begriffen aus der NS-Zeit ist dabei kein Zufall. Die Kritik an der rassistischen Hetze von *pro Köln* und *pro NRW* wird nicht nur als undemokratisch, sondern auch als totalitär und faschistisch dargestellt. Damit wird zum einen der Vorwurf des Rechtsextremismus und des Nazismus auf den politischen Gegner projiziert. Zum anderen suggeriert die Vereinigung mit Unterstellung wie „SA-ähnlichen Methoden“⁵ in Bezug auf den Protest gegen eine *pro Köln*-Kundgebung, dass ihr das Gleiche widerfahre wie den Juden im Nationalsozialismus – ein völlig abstruser Vergleich, der die antisemitische Verfolgung und Ermordung relativiert und für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. Angesichts der Tatsache, dass bei der *pro*-Bewegung immer wieder revisionistische Proklamationen verlautbart und Förderer von Holocaustleugnern wie selbstverständlich als Mitglieder aufgenommen wurden⁶, stellt dies eine politische Geschmacklosigkeit und Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus dar.

Der Versuch, negativ besetzte Begrifflichkeiten ihrem Sinnzusammenhang zu entreißen und auf demokratische Akteure anzuwenden, ist dabei ebenfalls Strategie. Auch mit der Bezeichnung der Kölner Stadtverwaltung als „Roters Apartheidsregime“⁷ stilisiert man sich selbst als Opfer

³ <http://nrwrex.wordpress.com/2011/03/20/nrw-schein-und-sein-einer-%e2%80%9eburgerbewegung%e2%80%9c/>

⁴ <http://www.pro-nrw.net/?p=2897>, v. 22.02.2011

⁵ <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=1243>, v. 16.03.2011

⁶ So wird der im Februar 2011 verstorbene Solinger Bauunternehmer Günther Kissel als prominentes *pro NRW*-Mitglied bezeichnet; <http://www.pro-nrw.net/?p=4102>, v. 16.03.2011

⁷ <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=1793>, v. 22.02.2011

angeblicher Willkür. Die Political Correctness⁸ dient *pro Köln/NRW* als emotionaler Kampfbegriff und wird als „gefährliche Ideologie“ bezeichnet, in deren Zuge „islamkritische Positionen, patriotische Politikansätze oder jedwede Kritik an der falschen Einwanderungs- und Integrationspolitik verteufelt“ würden.⁹ Diese Argumentationsweise ist typisch für den Duktus rechtspopulistischer Formationen, die sich als Sprachrohr einer angeblich schweigenden Mehrheit, gegen die vermeintliche Willkür des „politischen Establishments“¹⁰ gerieren.

Anti-Islam-Kampagnen als zentrales Thema der extremen Rechten

Europaweit sieht die extreme Rechte in rassistischen Kampagnen gegen „den“ Islam ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda. 2010 forderte die NPD aufgrund eines Bauvorhabens in Duisburg, in Anlehnung an die Volksabstimmung in der Schweiz, „Minarettverbot auch hier!“ In ihrem Aufruf zu einer Demonstration gegen die Moschee fantasierte sie von einer „vor allem von der türkischen Regierung betriebene islamischen Kolonialisierung“ und beschwor ein Untergangsszenario: „Wollen wir Deutsche bald fremd im eigenen Land, wir Europäer bald die Minderheit auf dem eigenen Kontinent sein?“¹¹ Unter dem Motto „Aachen bleibt unsere Stadt! Querstellen gegen Überfremdung und Moscheebau!“ marschierte am 25.09.2010 die regionale Neonaziszene durch Aachen. Der Aufmarsch stellte den Versuch dar, das Thema „Islamisierung“ selbst zu besetzen und damit die Deutungshoheit in Konkurrenz zu anderen Spektren der extremen Rechten zurückzugewinnen.

Die als „rechtspopulistisch“ bezeichneten Gruppen beziehen sich inhaltlich weniger auf einen völkischen Nationalismus sondern vielmehr auf einen kulturalisierenden Rassismus. Dieser findet seinen Ausdruck in populistischen Parolen zur Verteidigung von „deutscher Leitkultur“ und „christlichem Abendland“ gegen „Islamisierung“ und „Moscheebau“. Mit einem behaupteten unüberwindbaren Gegensatz zwischen „uns“ und „den Anderen“ schüren Gruppen wie *pro Köln* und *pro NRW* die Angst vor dem als „fremd“ Identifizierten. Soziale und politische Konflikte werden in Begrifflichkeiten des Ethnischen ausgedrückt und auf eine vermeintlich kulturell-religiöse Differenz oder Mentalitätsunterschiede zurückgeführt. Kennzeichen dieser Argumentation ist die Verknüpfung der Glaubens- mit der Zuwanderungsfrage: Zugewanderte = Islam = Fundamentalismus = Gefahr, so die plumpe aber wirkmächtige Analogie. Die Rechtspopulisten sehen das christliche Abendland durch (islamische) „Überfremdung“ bedroht und wännen sich in einem Kampf der Kulturen und Religionen. Der Islam wird pauschalisierend als eine gewaltförmige und archaische „Ausländerreligion“ und als politische Bewegung gleichermaßen dargestellt, für die es in den europäischen Gesellschaften angeblich keinen Platz gebe.

Während die *pro*-Bewegung von ihren Ursprüngen her im rechtsextremen Milieu verstrickt ist, betritt mit der Partei *DIE FREIHEIT* ein anderer Akteur im Feld der rechten Islamkritik die Bühne. Die Partei um den ex-CDUler René Stadtkewitz aus Berlin will auch in Köln und NRW aktiv werden. In einem Interview vom 27.2.2011, das nach einer Veranstaltung vor dem Kölner Brauhaus Früh aufgenommen wurde, proklamierte Stadtkewitz, dass seine Partei mehr Elemente direkter Demokratie (in Anlehnung an die Volksabstimmungen in der Schweiz) umsetzen sowie „die Identität unseres Volkes wahren“ wolle.¹²

⁸ Die Vokabel entstand in den 1980er Jahren infolge der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, die versuchte, der Ausgrenzung von Minderheiten mit Hilfe nicht wertender, neutraler Sprache entgegenzuwirken. Später wurde sie von rechten Kreisen aufgenommen und als Chiffre zur Ablehnung von Antidiskriminierungsbemühungen eingesetzt. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Korrektheit, v. 15.03.2010

⁹ http://www.pro-nrw.net/?page_id=1508, v. 22.02.2011

¹⁰ Reuter, Gerd: Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum. Wiesbaden 2009, S. 36

¹¹ <http://web5.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=1384>, v. 28.02.2011

¹² <http://www.diefreiheit.org/rene-stadtkewitz-und-christian-jung-im-interview/>, v. 11.03.2011

Weit verbreitete Islamfeindlichkeit

Islamfeindliche Kampagnen gelten in extrem rechten und rechtspopulistischen Kreisen als gesellschaftlich konsensfähig. Diese Annahme ist nicht unbegründet: Die weite Verbreitung rassistischer Ressentiments in der deutschen Bevölkerung zeigen, wie groß das Potenzial für eine rechtsextreme oder rechtspopulistisch auftretende Partei theoretisch ist. Umfragen bestätigen immer wieder die breite Ablehnung von Zuwanderern im Allgemeinen und Muslimen im Besonderen. Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie „Die Mitte in der Krise“ stellt für 2010 einen Anstieg dezidiert rassistischer und antidemokratischer Einstellungen fest. Dementsprechend stimmen mehr als 30 % der Deutschen den Aussagen, dass man bei knappen Arbeitsplätzen „die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken“ sollte und dass durch „die vielen Ausländer“ Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ werde, zu.¹³ 58,4 % der Befragten sind dafür, dass in Deutschland die Religionsausübung für Muslime erheblich eingeschränkt werden sollte.¹⁴

Gemäß der Langzeituntersuchung der Universität Bielefeld zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die jährlich unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlicht wird, waren 26,1 % der Befragten im Jahr 2010 der Meinung, dass „Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden [sollte]“¹⁵. Nach Meinung der Forscher sind rechtspopulistische Einstellungen in allen gesellschaftlichen Milieus zu finden. Zwischen 2009 und 2010 hätten sie jedoch besonders in höheren Einkommensgruppen deutlich zugenommen. In dieser Gruppe ist dementsprechend ein kontinuierlicher Anstieg islamfeindlicher Einstellungen festzustellen.¹⁶

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch die Studie „Die Abwertung der Anderen“ für den gesamteuropäischen Raum, in dem Ressentiments gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie Islamfeindlichkeit gleichermaßen weit verbreitet sind.¹⁷ Diese Anschlussfähigkeit rassistisch aufgeladener Krisendeutungen spiegelt sich auch in der Zustimmung zu den Verlautbarungen Thilo Sarrazins wieder. Nach einer Umfrage für die BILD würde knapp jeder fünfte Deutsche eine Partei mit Sarrazin an der Spitze wählen.¹⁸

Der Journalist und Feuilletonchef der FAZ, Patrik Bahners, beschreibt in seiner Untersuchung der deutschen Islamfeindlichkeit die konjunkturellen Zyklen in der politischen Debattenkultur gegenüber dem Platz des Islam und der Muslime in Deutschland.¹⁹ So weist er darauf hin, dass der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble am 28. September 2006 in einer Regierungserklärung bekundete: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und Teil unserer Zukunft.“ Im Kontext der Sarrazin-Debatte im Jahr 2010 hingegen stieß die bloße inhaltliche Wiedergabe dieses Satzes durch den neu gewählten Bundespräsidenten Christian Wulff auf breite Empörung. Bahners deutet diesen Wechsel in der politischen Debattenkultur als Ausdruck eines zunehmenden Einflusses einer fremdenfeindlichen Stimmung hierzulande, die anhand der wiederkehrenden Debatten um die Rolle des Islam auf dem Rücken der hier lebenden Muslime ausgetragen werde. Als postume Bestätigung dieser Einschätzung können die Äußerungen des neu gewählten Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) verstanden werden, der in Erwiderung auf den Bundespräsidenten erklärte: „Die Leitkultur in Deutschland ist die christlich-jüdisch-abendländische Kultur. Sie ist nicht die islamische und wird es auch nicht in Zukunft sein.“²⁰ Bahners kritisiert die Kulturkampfparolen,

¹³ <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>, S. 139ff, v. 13.03.2011

¹⁴ <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>, S. 134f, v. 13.03.2011

¹⁵ <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/deutsche-zustaende-2010-zahlen-1614>, v. 09.03.2011

¹⁶ http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf, v. 12.03.2011

¹⁷ Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Bonn 2011. Im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>, v. 15.03.2011

¹⁸ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article9409117/Jeder-fuenfte-Deutsche-wuerde-Sarrazin-Partei-waehlen.html>, v. 11.03.2011

¹⁹ Bahners, Patrik: Die Panik-Macher. Die deutsche Angst vor dem Islam, München 2011

²⁰ <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E9E19C5EABACD46038A2B52708016F5DF~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, v. 22.03.2011

die schlicht der politischen und öffentlich-medialen Konjunktur folgen, und wertet solche Formen von Islamkritik als „ins Apokalyptische gesteigerte Neuauflage der Magnettheorie des Kalten Krieges.“²¹

Mit der sich verschärfenden Integrationsdebatte häufen sich Attacken gegen Muslime auch in Deutschland. So kam es im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt zu gezielten Angriffen von Neonazis auf Moscheen. Allein in Berlin kam es innerhalb von sechs Monaten zu sieben Brandanschlägen auf Moscheen. Regelmäßig wurden 2010 im gesamten Bundesgebiet islamische Einrichtungen beschädigt, mit rechtsextremen Parolen oder Schweineblut beschmiert.²²

Zusammenarbeit europäischer Rechtsparteien

Die *pro*-Bewegung will mit dem „Marsch für die Freiheit“ gegen die „Ausgrenzung“ der Partei aus politischen Entscheidungsprozessen protestieren. Sie versucht, unter Beweis zu stellen, dass ihre Programmatik Teil der europäischen Normalität ist. So wittern *pro Köln* und *pro NRW* die Chance, dass auch sie einmal ähnliche Erfolge wie andere Rechtsaußenparteien, die teilweise eine bedeutende Rolle im parteipolitischen Gefüge der jeweiligen Länder einnehmen, verbuchen könnten. Die extreme und populistische Rechte hingegen braucht im EU-Parlament einen Bündnispartner aus Deutschland, um perspektivisch Kampagnen umzusetzen.²³ Nachdem die *REPUBLIKANER* in die politische Bedeutungslosigkeit versunken sind, die NPD sich mit ihrem offenen NS-Bezug selbst ins Abseits manövriert hat und neue Formationen wie die rechtspopulistische *FREIHEIT* noch zu unberechenbar sind, bietet sich im Moment nur die *pro*-Bewegung dafür an.

Harald Vilimsky (FPÖ) kündigte 2010 in Leverkusen an, die *pro*-Bewegung breit unterstützen zu wollen, um eine „Außenstelle freiheitlicher Politik“ aufzubauen.²⁴ Bereits für den Wahlkampf 2010 hatte der *Vlaams Belang* Unterstützung von *pro NRW* zugesagt.²⁵ Inwieweit damit auch materielle Hilfen gemeint sind, lässt sich bislang nicht sagen.

²¹ Bahners a.a.O., S. 305

²² <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-76397375.html>, v. 14.03.2011

²³ Durch die „immense Bedrohung“ des anstehenden EU-Beitritts der Türkei sei ein „europaweites und kräftiges Nein!“ von Nöten, so Hilde Lobel (Vlaams Belang) beim Neujahrsempfang 2011 von *pro Köln*, <http://www.youtube.com/watch?v=dAGvSF78NnQ>, v. 10.03.2011

²⁴ <http://www.derwesten.de/nachrichten/FPÖe-will-Pro-NRW-staerken-id3877934.html>, v. 28.02.2011

²⁵ <http://www.patrik-brinkmann.de/site/?p=197>, v. 16.03.2011

Bewertung der angekündigten Teilnehmer/innen

Bislang sind für den „Marsch für die Freiheit“ von *pro Köln* und *pro NRW* nur wenige Rednerinnen und Redner angekündigt. Stattdessen bekennen sich mehrere „prominente Unterstützer“ zu der Veranstaltung. Dies sind (Stand: 2. Mai 2011):

- Heinz Christian Strache (*Freiheitliche Partei Österreichs*, Österreich)
- Filip Dewinter (*Vlaams Belang*, Belgien)
- Markus Beisicht (*pro Köln* und *pro NRW*, Deutschland)
- Judith Wolter (*pro Köln* und *pro NRW*, Deutschland)
- Henry Nietzsche (*pro Sachsen*, Deutschland)
- Taylor Rose (Youth for Western Civilization, USA)
- Jaques Cordonnier (*Alsace d'Abor, Bloc Identitaire*, Frankreich)
- Dr. Rolf Schlierer (*Die REPUBLIKANER*, Deutschland)
- Annick Martin (*Mouvement National Républicain*, Frankreich)
- Markus Wiener (*pro Köln* und *pro NRW*, Deutschland)
- Andreas Mölzer (*Freiheitliche Partei Österreichs*, Österreich)
- Dr. Susanne Winter (*Freiheitliche Partei Österreichs*, Österreich)

Heinz Christian Strache, FPÖ

Heinz Christian Strache ist Bundesobmann der *Freiheitlichen Partei Österreichs* und deren Klubobmann im österreichischen Nationalrat. Strache war Mitglied der schlagenden Verbindung *Wiener pennale Burschenschaft Vandalia*. Während dieser Zeit kam Strache mit Neonazis wie Gottfried Küssel in Kontakt. Strache konnte eine Teilnahme an einer „Wehrsportübung“ 1989, der in Deutschland verbotenen, offen neonazistischen *Wiking-Jugend* nachgewiesen werden.²⁶ 1990 besuchte er eine DVU-Veranstaltung in Passau sowie eine Wahlkampfveranstaltung der Gruppe *Nein zur Ausländerflut*, die aufgrund von „NS-Wiederbetätigung“ in Österreich nicht zur Wahl zugelassen wurde. In Anlehnung an die deutsche Debatte um die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren sagte Strache in einem Interview: „Deserteure waren Menschen, die eigene Kameraden und Soldaten vielleicht teilweise auch erschossen und umgebracht haben und deshalb ist das eine sehr negativ und kritisch zu bewertende Situation.“²⁷ Im Wiener Wahlkampf 2005 forderte er Politik „für die Ärmsten der Armen und nicht die Wärmsten der Warmen“.²⁸ Straches betont fremdenfeindlichen Wahlkampflogos („Mehr Mut für unser ‚Wiener Blut‘. Zu viel Fremdes tut niemandem gut.“) bei den Landtags- und Gemeinderatswahl 2010 in Wien sorgten für große Empörung. Trotzdem erreichte die FPÖ 26,2 % der Stimmen und wurde damit zur zweitstärksten Partei Wiens.

Filip Dewinter, Vlaams Belang

Filip Dewinter ist Fraktionsvorsitzender des separatistischen belgischen *Vlaams Belang* (VB) und Abgeordneter im flämischen Parlament. Dewinter war bereits für die zurückliegenden „Anti-Islamisierungskongresse“ eingeladen. Der *Vlaams Belang* wurde 1978 als *Vlaams Blok* von zwei Dissidenten flämischer Rechtsparteien gegründet und kann als „Rechtsextremismus in populistischer Gestalt“²⁹ eingestuft werden. Am 9. November 2004 bestätigte der belgische Kassationshof ein Urteil gegen den *Vlaams Blok*, da dieser eine „dauerhafte Anstachelung zur

²⁶ <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/413147/Neues-StracheFoto-von-Wehrsportuebung-aufgetaucht>, v. 21.02.2011

²⁷ <http://search.salzburg.com/articles/5993547>, v. 14.02.2011

²⁸ <http://www.treffpunkteuropa.de/Haider-Strache-Narzissmus-und-Kopiermaschine>, v. 18.02.2011

²⁹ Ivaldi, Gilles; Swyngedouw, Marc: *Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok*, in Decker, Frank: *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 121-143

Spaltung der Bevölkerung und zum Rassismus“ betreibe.³⁰ Das Urteil kam aufgrund des belgischen Antirassismogesetzes einem Parteiverbot gleich, weswegen eine Umbenennung in *Vlaams Belang* erfolgte. Bereits Mitte der 1980er Jahre setzte Dewinter mit dem Slogan *Eigen volk eerst* die „Migrationsproblematik“ ins Zentrum seiner politischen Agenda.³¹ Das Verwaltungsgericht Düsseldorf sieht gemäß einem Urteil vom 4. Dezember 2007 in den „seit Jahren“ bestehenden politischen Kontakten zum *Vlaams Belang* einen weiteren Hinweis auf ausländerfeindliche Einstellungen bei *pro Köln*³². Auf das Thema „Ausländerfeindlichkeit“ in seiner Partei angesprochen, sagte Filip Dewinter: „Xenophobia is not the word I would use. If it absolutely must be a ‘phobia,’ let it be ‘Islamophobia’.“³³

Markus Beisicht, pro Köln/pro NRW

Markus Beisicht ist Vorsitzender von *pro Köln* und *pro NRW*. Er ist seit 2009 Fraktionsvorsitzender der *pro*-Ratsfraktion in Leverkusen. Für die *REPUBLIKANER* wurde er 1989 in den Kölner Stadtrat gewählt, von denen sich 1991 unter seiner Mitwirkung die Fraktion der neu gegründeten rechtsextremen Partei *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (DLVH) abspaltete. Für sie saß er bis 1994 im Kölner Rat. Beisicht stieg zum DLVH-Landesvorsitzenden und -Bundesvorstandsmitglied auf, bevor er sich 1999 endgültig *pro Köln* widmete. Als Anwalt vertritt er auch Akteure aus dem Lager der militanten Neonazis, wie beispielsweise den wegen Volksverhetzung verurteilten Axel Reitz.

Judith Wolter, pro Köln/pro NRW

Judith Wolter ist stellvertretende Vorsitzende von *pro Köln*, sowie Vorsitzende der Fraktion im Kölner Stadtrat und Landesschatzmeisterin von *pro NRW*. 1999 kandidierte sie für die *REPUBLIKANER* zur Kommunalwahl. Im November 2002 hielt sie ein Grußwort auf dem Bundeskongress des NPD-Jugendverbandes *Junge Nationaldemokraten*. Im Februar 2003 sprach Wolter auf einer Veranstaltung der NPD-Vorfeldorganisation *Deutsches Kulturwerk* in Leverkusen. In der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* bekundete sie als Ziel ihrer Bewegung, „dem Multikulturalismus vor Ort entgegen(zu)treten“.³⁴ Trotzdem will die Rechtsanwältin, die bei der vergangenen Kommunalwahl erneut in den Rat der Stadt Köln gewählt wurde sowie als Landrätin im Rhein-Erft-Kreis antrat, heute mit dem Neonazismus nichts zu tun haben.

Henry Nitzsche, pro Sachsen

Henry Nitzsche ist Vorsitzender von *pro Sachsen*. Zuvor war der Gründer und Vorsitzender der im Februar 2008 ins Leben gerufenen Wählervereinigung *Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland*. Diese ist nun Teil von *pro Sachsen*. Mit der Parole „Arbeit, Familie, Vaterland“, die auch schon von der NPD verwendet worden war, hatte Nitzsche für die Bundestagswahl 2005 mit Plakaten geworben. Der Slogan war als „Travail, Famille, Patrie“ Wahlspruch des französischen Vichy-Regimes unter Marschall Pétain während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg gewesen und diente als expliziter Gegenentwurf zu den republikanischen Traditionen Frankreichs.³⁵

Bei einer Veranstaltung der CDU sagte Nitzsche, der Patriotismus werde gebraucht, „um endlich vom Schuld kult runterzukommen“, damit „Deutschland nie wieder von Multi-Kulti-

³⁰ <http://dokmz.wordpress.com/2004/11/30/jungle-world-492004-belgien-soll-zerbersten/>, v. 18.02.2011

³¹ Reuter, Gerd: Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigem Raum., Wiesbaden 2009, S. 184

³² Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2007, S. 42

³³ <http://www.ejpress.org/article/4336>, v. 15.02.2011

³⁴ Interview in: Deutsche Stimme, Januar 2003

³⁵ <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/vichy/index.html>, v. 13.02.2011

Schwuchteln in Berlin regiert wird“.³⁶ Im Dezember 2006 trat Nitzsche aus der CDU aus und blieb bis zum 2009 fraktionsloses Mitglied des Bundestages. Das *Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland* erreichte bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2008 teilweise zweistellige Ergebnisse. Daraufhin kündigte Nitzsche an, er wolle in Bautzen Ausländerbeauftragter werden. Aufgabe sei es in erster Linie, „den hier ansässigen Ausländern bei der Organisation ihrer Heimreise behilflich zu sein, anstatt sie beim Aufbau einer dauerhaften Existenz in Deutschland zu unterstützen“.³⁷ Der aus der CDU wegen seiner antisemitischen Äußerungen ausgeschlossene Martin Hohmann ist Ehrenmitglied der Vereinigung. Nitzsche war sowohl beim ersten „Anti-Islamisierungskongress“ als auch bei einer Kundgebung von *pro Köln/pro NRW* in Ehrenfeld im Dezember 2008 als Redner anwesend. Auch zur zweiten Auflage des „Anti-Islamisierungskongress“ im Mai 2009 war er eingeladen.

Taylor Rose, Youth for Western Civilization

Taylor Rose ist Aktivist der extrem rechten und immigrantenfeindlichen US-amerikanischen Studentengruppe *Youth for Western Civilization*, die seit 2006 in mehreren Universitäten der USA aktiv ist. Rose war anwesend beim diesjährigen Parteikongress des *Vlaams Belang* in Belgien und knüpfte dort Kontakte zur *pro*-Bewegung.

Jacques Cordonnier, Alsace d'Abord; Bloc Identitaire

Jacques Cordonnier ist Vorsitzender der elsässischen Regionalpartei *Alsace d'Abord* („Elsass zuerst“) die 1989 von dem ehemaligen *Front National*-Mitglied Robert Spieler gegründet wurde. Zudem ist Cordonnier ist zudem Funktionär in der extrem rechten Vereinigung *Bloc Identitaire* (BI). Der Präsident des 2003 gegründete *Bloc*, Fabrice Robert, war früher Mitglied der *Unité Radicale*, die 2002 von den französischen Justizbehörden aufgelöst wurde.³⁸ Cordonnier besuchte auf Einladung des „internationalen Sekretärs“ der *pro*-Bewegung im Juli 2010 den Parteitag von *pro Deutschland* in Berlin und erklärte seine Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit.

Dr. Rolf Schlierer, REP

Rolf Schlierer ist seit 1994 Bundesvorsitzender der *REPUBLIKANER* und sitzt für diese im Stuttgarter Gemeinderat. Während seiner Studienzeit war er in der Gießener *Burschenschaft Germania* aktiv und Mitglied im Hochschulverband der NPD. Schlierer steht für den rechtskonservativen Flügel der Partei und positioniert sich gegen einen „Schulterschluss“ mit dem neonazistischen Spektrum.³⁹ Er bemüht sich um einen biederen Auftritt der REP, um der „Diktatur der Gutmenschen“ zum Trotz eine „deutsche Leitkultur“ wieder politisch salonfähig zu machen. Kernthema der *REPUBLIKANER* bleibt dabei die „Ausländerfrage“. In diesem Zusammenhang zeichnet Schlierer das Untergangsszenario einer „ungezügelter Masseneinwanderung“⁴⁰. Die außenpolitischen Beziehungen der BRD mit den USA kommentierte er in Anlehnung an das Ende des 2. Weltkrieges mit den Worten: „Die Speichellecker-Attitüde von Merkel und Schäuble, die immer noch nicht begreifen wollen oder können, dass Dankbarkeit nur ein anderes Wort für Vasallität ist...“⁴¹

³⁶ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,451710,00.html>, v. 16.02.2011

³⁷ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=970:henry-nitzsche-will-offenbar-ausl%C3%A4nderbeauftragter-werden&Itemid=618, v. 16.02.2011

³⁸ <http://www.hagalil.com/archiv/2010/12/06/anti-islam-kongress/>

³⁹ <http://derstandard.at/2690422>, v. 18.02.2011

⁴⁰ <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2000/1120/none/0057/index.html>, v. 18.02.2011

⁴¹ <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/schlierer-rolf>, v. 18.02.2011

Annick Martin, MNR

Annick Martin ist die Generalsekretärin des französischen *Mouvement National Républicain* (MNR), die 1999 als Abspaltung des *Front National* gegründet wurde. Das MNR steht für eine strategische Vernetzung mit anderen rechtsextremen Kräften Frankreichs. Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung erreichte das MNR lediglich 0,3 % der Stimmen und konnte somit keineswegs an die vergangenen Erfolge von Le Pens *Front National* anknüpfen. Martin nahm bereits am „Anti-Islamisierungskongress“ 2009 als Rednerin teil. Dort begrüßte sie die Anwesenden mit „liebe Kameraden“ und warnte vor einer „massiven islamistischen Eroberung“.⁴²

Markus Wiener, pro Köln/pro NRW

Markus Wiener ist der Generalsekretär und Pressesprecher von *pro NRW* sowie stellvertretender Vorsitzender von *pro Köln* und Geschäftsführer der Fraktion *pro Köln*. Der 1976 geborene Politikwissenschaftler war in der schlagenden Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg im Dachverband Deutsche Burschenschaft aktiv. Wiener zählt zu den strategischen Köpfen und der Führungsriege der *pro*-Bewegung.

Andreas Mölzer, FPÖ

Andreas Mölzer ist Abgeordneter im Europaparlament und war dort Mitbegründer der rechtsgerichteten Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS) mit der auch die Kooperation mit der NPD angestrebt war. Er gilt als einer der Schlüsselfiguren zur Neuformierung einer Rechtsaußenfraktion im Europaparlament. Er wurde aufgrund ständiger Angriffe auf die Parteispitze 2005 aus der FPÖ ausgeschlossen, was nach der Abspaltung der BZÖ wieder rückgängig gemacht wurde. Mölzer, der schon für die „Anti-Islamisierungskongresse“ 2008 und 2009 eingeladen war, gilt als „Deutschnationaler“, dessen Anliegen es nach Ansicht der Zeitschrift *Das Parlament* ist, „die völkische Weltanschauung und rechtsextremes Gedankengut salonfähig zu machen“.⁴³

Dr. Susanne Winter, FPÖ

Die Abgeordnete der FPÖ im Nationalrat Österreichs, Susanne Winter, ist nicht nur als Unterstützerin, sondern auch als Rednerin beim Marsch für die Freiheit angekündigt. Im Zentrum ihres Wahlkampfes 2008 zur Grazer Gemeinderatswahl standen offene Attacken gegen Obdachlose sowie Migrantinnen und Migranten, sowie allgemeine islamfeindliche Polarisierungen. Im Zuge dieses Wahlkampfes warnte Winter beim Neujahrempfang der FPÖ vor einem „islamischen Einwanderungs-Tsunami über Graz“ und sorgte vor allem durch ihre Aussage „Im heutigen System ist dieser Mohammed ein Kinderschänder“ für Schlagzeilen.⁴⁴ Im Zuge dessen wurde sie im Januar 2009 wegen „Verhetzung“ und „Herabwürdigung religiöser Lehren“ zu einer bedingten Haftstrafe von drei Monaten verurteilt. Winter tritt regelmäßig durch rassistische Äußerungen in der Öffentlichkeit auf. So entgegnete sie in einem Zeitungsinterview auf den Hinweis, dass „Neger“ für Betroffenen als Diffamierung wahrgenommen wird: „Wenn Sie die Geschichte anschauen, werden Sie sehen, dass das kein Schimpfwort ist, das sind Ihre persönlichen Empfindungen.“ Die angebliche Minderwertigkeit von Schwarzen erklärte sie mit dem Hinweis, dass „Tradition [...] als Transformation in den Genen weitergegeben wird. Sie haben

⁴² <http://www.youtube.com/watch?v=MSwAiCpuzT8>, v. 20.02.2011

⁴³ Das Parlament, Themenausgabe: Rechtsextremismus in Europa, Nr. 45, 7. November 2005

⁴⁴ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,528504,00.html>, v. 15.02.2011

dadurch automatisch zu wenig Selbstbewusstsein und zu viel Hoheitsdenken der anderen Hautfarbe gegenüber in sich...“⁴⁵

Israelische Delegation

Angeblich soll am Marsch für die Freiheit auch eine israelische Delegation teilnehmen.⁴⁶ Ob damit eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus“ (*pro NRW* über *pro NRW*) Wirklichkeit wird, darf angesichts der Aussagen einiger Mitglieder von *pro NRW* mit Recht bezweifelt werden.⁴⁷

Die Teilnehmenden an einer deutsch-israelischen Konferenz am 4. April 2011 in Gelsenkirchen, die auch eine Stippvisite in Köln einlegten⁴⁸, repräsentieren keinesfalls „die“ israelische Politik: David Ha'ivri war in den 1980er Jahren für die *Kach*-Partei aktiv, die 1988 aufgrund ihrer rassistischen Positionen in Israel verboten wurde. Israel, Kanada und die USA stuften die *Kach*-Partei zudem als terrorismusverdächtige Gruppierung ein. Ha'ivri wurde in den 1990er Jahren zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt, nachdem er in einem Fernsehinterview die Ermordung des israelischen Premierministers Yitzchak Rabin im November 1995 gefeiert hatte.⁴⁹

Der Professor für Literaturwissenschaft Hillel Weiss, der zusammen mit Ha'ivri in Gelsenkirchen und Köln war, vertritt ebenfalls äußerst nationalistische Positionen. Im Jahr 2005 sorgte er für Aufsehen, als er im Vorfeld der „Gay Pride Parade“ dazu aufforderte, die Demonstration von Schwulen und Lesben mit allen Mitteln („by any means necessary“) aus der Stadt zu verbannen. Am Rande der Veranstaltung kam es schließlich zu gewalttätigen Gegenprotesten, bei denen ein Teilnehmer der Parade niedergestochen wurde. Aufgrund seiner Äußerungen wurde Hillel Weiss in Israel wegen „Anstachelung zur Gewalt“ angeklagt.⁵⁰

Text: Alexander Häusler, Hans-Peter Killguss

⁴⁵ <http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=595>, v. 16.02.2011

⁴⁶ <http://marschfreiheit.wordpress.com/2011/04/08/israelische-delegation-wird-am-marsch-fur-die-freiheit-teilnehmen/>, v. 20.04.2011

⁴⁷ Vgl. dazu insbesondere: mobim-analysen 05/2011: Eine „deutsche Rechte ohne Antisemitismus“? Kritische Betrachtung einer „deutsch-israelischen Konferenz“ in Gelsenkirchen und der damit verbundenen Strategie von „pro NRW“. Die folgenden Passagen beziehen sich in weiten Teilen auf diesen Text.

⁴⁸ <http://www.aktuell.pro-koeln.org/?p=2134>, v. 20.04.2011

⁴⁹ http://www.nytimes.com/2010/07/06/world/middleeast/06settle.html?pagewanted=5&_r=1, v. 20.04.2011

⁵⁰ <http://www.haaretz.com/news/prof-charged-with-incitement-to-violence-for-comments-on-gay-pride-parade-1.251661>, v. 20.04.2011